

Baugenossenschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. → Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Zahlung der Beiträge

Hat mit Beginn des Monats März wieder begonnen. Der erste Beitrag ist am Sonntag, den 4. März fällig. Im Interesse eines jeden Mitgliedes liegt es, wenn mit der Beitragszahlung pünktlich begonnen und dieselbe regelmäßig fortgesetzt wird. Die Hauskassierer müssen bemüht sein, für eine pünktliche Beitragszahlung zu sorgen.

Neuordnung unserer Preispolitik

Die Schwierigkeiten unserer Ernährungspolitik sind dadurch ungemein verschärft worden, daß immer nur Stillarbeit geleistet wurde. Es war kein großer Plan vorhanden, nach dem unsere gesamten Lebensmittel in eine wohlüberlegte innerliche Abstufung sowohl im Preis wie auch im Verbrauch gebracht wurden. Lediglich unsere Brotversorgung steht wohl-tuend ab. Bei ihr sind verhältnismäßig die wenigsten Klagen zum Ausdruck gekommen.

Die Verbraucher haben immer wieder auf diesen unhaltbaren Zustand hingewiesen. Sie haben sich für einen großen Wirtschaftsplan, der das jeweilige Erntejahr erfasst, eingesetzt. Bislang ohne Erfolg. Welchen Interessententressen war die Entwicklung der bisherigen Zustände erwünscht. Sie sind kein Freund der behördlichen Ordnung, sie sträuben sich gegen jeden Eingriff. Was sie als Grund geltend machen verdeckt vielfach egoistische Bestrebungen. Gewiß ist es ja unangenehm, wenn die wirtschaftliche Freiheit beschränkt wird. Aber wer ist denn während des Krieges in seiner Freiheit nicht beschränkt? Durch das Hilfsabnahmengesetz ist dieser Zustand noch verschärft worden. Wo würden wir hingekommen sein, wenn die Reichsbehörde hätte jeden tun und lassen wollen was er in seinem Interesse liegend betrachtete. Wir wären aller Voraussicht nach mit unseren Kräften dann längstens am Ende. Es geht nicht ohne behördlichen Eingriff ab und was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Die Lebensmittelinteressenten legen sich mit aller Entschiedenheit ins Zeug für wirtschaftliche Freiheit. Sie machen geltend, daß unter dem Zwang die Produktion leide, daß insbesondere unsere Höchstpreispolitik diese Wirkung habe. Dieses Eintreten für eine freiheitliche Preisentwicklung war nicht immer vorhanden. Wir erinnern an den Antrag Ranib, der eine behördliche Festsetzung der Getreidepreise herbeiführen wollte. Wir verweisen auf die Schutzollpolitik, die ebenfalls die Wirkung hatte und haben sollte, die inländischen Getreidepreise künstlich zu erhöhen. Diejenigen, die heute für eine freiheitliche Preispolitik schwärmen, sind die schärfsten Schutzöllner von ehedem und werden es voraussichtlich auch in Zukunft sein, sobald die ausländische Konkurrenz sie in ihren Ansprüchen beschränkt. Aber augenblicklich treten sie für Freiheit ein, weil das ihren Interessen am dienlichsten erscheint. Wir müssen uns mit Entschiedenheit gegen diese Bestrebungen wenden. Unter der bestehenden Knappheit unserer Lebensmittelbestände wird die wirtschaftliche Freiheit zur brutalen Willkür. Die Verbraucher reißen sich um die Ware, die Not treibt sie, alles und um jeden Preis aufzukaufen. Für die Lebensmittelinteressenten sind diese goldene Zeiten.

Endlich scheint es nun so, als ob Ordnung in dieses Ergebnis einer wilden Preisentwicklung gebracht werden sollte. Die Getreidepreise, Fleisch-

Kartoffel- und sonstigen Lebensmittelpreise sollen in ein innerlich wohl abgestuftes Verhältnis zu einander gebracht werden. Es soll nicht mehr lohnender erscheinen, wenn z. B. Roggen in Rindfleisch, oder Kartoffeln in Schweinefleisch umgewandelt werden. Eine Anzahl landwirtschaftlicher Professoren haben ein Gutachten über eine notwendige Preisneuordnung aufgestellt. Das Kriegsernährungsamt soll dieser Arbeit nicht fernstehen. Dieses Gutachten bringt eine Erhöhung der Roggen-, Weizen-, Kartoffel- und Zuckerrübenpreise in Vorschlag, während Rind- und Schweinefleischpreise sowie verschiedene Hackfrüchte eine Ermäßigung erfahren sollen. Der Roggenpreis soll von 220 auf 260, Weizen von 260 auf 300 heraufgesetzt werden. Ferner ein Kartoffelmindestpreis von 5 M pro Zentner. In Gegenden wo in Friedenszeiten ein höherer Preis üblich war, soll ein solcher eintreten können. Die bisherige Bevorzugung der Gerste soll beseitigt und ein Preis von 260 M pro Tonne festgesetzt werden. Hafer soll mit dem Roggen ungefähr gleichgestellt werden. Die Rindviehpreise sollen um zirka 30 M pro Doppelzentner Lebendgewicht, die Schweinepreise um zirka 20 Prozent ermäßigt werden.

Wir betonten schon, daß wir mit der Herbeiführung einer Preisrelation durchaus einverstanden sind. Man darf jedoch nicht unterlassen, auf die Wirkungen hinzuweisen, die vorgenannte Vorschläge mit sich bringen. Zweifellos bedeutet die vorgeschlagene Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise eine wesentliche Belastung der Minderbemittelten. Die Herabsetzung der Fleischpreise kommt dagegen in erster Linie der Heeresverwaltung und dann den Besserbemittelten zugute. Das Heer braucht gegenwärtig weit höhere Fleischmengen wie die Zivilbevölkerung. Umgekehrt steht es mit dem Brot. Die Bessersituierten vermögen ihre Fleischarten restlos auszunutzen, während dieses den Minderbemittelten nicht möglich ist. Wir halten auch eine Erhöhung der Getreidepreise an sich in diesem Umfang sachlich nicht für gerechtfertigt. Der Roggenpreis betrug im Jahre 1913 164 M. Nach dem Vorschlage der landwirtschaftlichen Professoren würde mithin eine Steigerung um fast 100 M pro Tonne eintreten. Der Weizenpreis sogar um über 100 M. Der Roggen- und Haferpreis hätte eine ungefähre gleiche Steigerung gegen Friedenszeiten aufzuweisen. In den verklossenen Kriegsjahren war dieselbe bei Hafer und Gerste noch höher. Bis heute ist uns nicht der Beweis geführt worden, daß diese Preissteigerung durch die Erhöhung der Produktionskosten begründet wäre. Das nämliche trifft für Kartoffeln und alle übrigen Lebensmittelprodukte zu. Wenn schon dieser Preis an sich nicht zu umgehen ist, wäre Vorsorge zu treffen, daß die Ersparnisse der Heeresverwaltung dazu dienen müssen, den Minderbemittelten ein billigeres Brot zu verschaffen. Unbedingt ist die Herabsetzung der Rind- und Schweinefleischpreise zu fordern. Ja, es ist die Frage aufzuwerfen, ob diese Herabsetzung genügend groß ist. Nach dem Ergebnis unserer Körnerernte, auch der Kartoffelernte, trotzdem diese schlecht war, hätte es möglich sein müssen, der Bevölkerung ein größeres Quantum Brot und auch Kartoffeln liefern zu können. Wo sind die überschüssigen Beträge geblieben und wo bleiben sie noch? Sie wandern in den Futtertrog. Die Knappheit unserer Lebensmittelversorgung macht sich jedoch am empfindlichsten infolge der geringen Brot- und Kartoffelmengen bemerkbar. Gewiß empfinden wir den Fettmangel hart. Aber wenn zu wählen ist zwischen einer größeren Menge Brot und Kartoffeln und einem geringen Quantum Fett, dann ist das erstere unbedingt vorzuziehen. Die bisherigen Rind- und Schweinefleischpreise reizten geradezu zur Verfütterung des Roggens und der Kartoffeln. Solange wie nicht eine Regelung getroffen

wird, die diesen Zustand radikal beseitigt, kommen wir zu keinem besseren Verhältnis.

Sind wir mit der Herbeiführung einer angemessenen Preisrelation einverstanden, so ist dieses bei den Interessenten nicht der Fall. Sie gehen mit aller Entschiedenheit gegen die Vorschläge der landwirtschaftlichen Professoren vor. Die Erhöhung der Getreidepreise ist ihnen nicht groß genug. Andererseits machen sie schärfstens Front gegen die Herabsetzung der Rind- und Schweinefleischpreise. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, fordert schlankeweg eine Erhöhung der Preise für Vegetabilien, die der Höhe der Fleischpreise entspricht. Wollte man dieser Forderung nachgeben, müßte der Roggenpreis etwa auf 450 M pro Tonne erhöht werden, das sind 22,50 M pro Zentner gegen 8,20 M in 1913. An solchen Forderungen kann man ermesen, wie groß das Verständnis für die Nöte der Kriegszeit ist. Daß unser Durchhalten durch Verwirklichung derartiger Forderungen aufs allerbedenklichste gefährdet werden muß, scheint diese Preise nicht zu stören; sie sind lediglich auf ihren Vorteil bedacht, und man muß sagen, daß der Kampf für die Erhöhung der Getreidepreise und gegen die Herabsetzung der Vieh- und Fleischpreise wohl organisiert ist. Eingeleitet wurde er durch den „Deutschen Landwirtschaftsrat“. Ihm folgte die Generalversammlung des Bundes der Landwirte. Darauf lagte die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft. Alle diese Veranstaltungen wurden in die Zeitperiode verlegt, wo diese Dinge zum Abschluß gebracht wurden. Das preußische Abgeordnetenhaus, die Ernährungskommission des Reichstages, der Beirat des Kriegsernährungsamts, die Entscheidungen des Kriegsamts selber, alles dies wurde unter den Einfluß der landwirtschaftlichen Interessentenvertreter gestellt. Man muß sagen, daß die Arbeiter von einer derartigen konzentrierten Interessenvertretung außerordentlich viel zu lernen haben. Das Ganze erhält sein Gepräge durch die Rücksichtslosigkeit in der Verfechtung einseitiger Interessenbestrebungen.

Wir unsererseits müssen hiergegen schärfsten Protest einlegen. Nicht allein, daß uns diese Preis-erhöhungen neue Belastungen eintragen. Wir haben solche auch durch die neuen Steuervorlagen zu gewärtigen. Die Kohlensteuer wird die Verbraucher in erheblichem Umfang belasten. Ebenso eine Anzahl anderer Steuern. Es findet letzten Endes alles seine Grenzen. Die Leistungsfähigkeit weiterer Arbeiterschichten ist heute längst überschritten. Kommt die Reichsregierung dem Wunsche der Lebensmittelinteressenten entgegen und schafft sie keinen Ausgleich, mag es durch Verbilligung einzelner Produkte oder durch Reichszuschüsse sein, dann muß sie gewärtig sein, daß die Arbeiterschaft auf andere Weise einen Ausgleich sucht. Wir werden nicht umhin können, höhere Lohnforderungen in der Industrie und im Gewerbe zu stellen und mit allem Nachdruck auf ihre Verwirklichung zu drängen. Wir wollen nicht die einzige Leidtragenden sein, während andere die Not des Krieges zu ihrer Bereicherung schamlos ausnützen. Wenn das die Reichsregierung nicht einzusehen vermag, dann hat sie die entstehenden Folgen mit in Kauf zu nehmen. Bislang war sie viel zu schwach, um dem Unreizsystem der Lebensmittelinteressenten genügenden Widerstand entgegenzusetzen. Erst dadurch konnten die Dinge so weit treiben wie sie gebieten sind. Die Ansprüche der Interessenten wurden dadurch erst geweckt und vergrößert. Es muß jetzt ein Ende damit haben. Das fordern wir und werden mit allem Nachdruck für die Abwendung weiterer Benachteiligung der Arbeiterschaft eintreten.

Batock über den Ernährungsplan 1917

In dem zur Beratung der Ernährungsfragen einberufenen Ausschuss des Reichstages verwies der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr von Batock, den Plan so rechtzeitig festzustellen, daß alle Beteiligten sich danach einrichten könnten. Die Grundzüge des Planes sollten spätestens bis 15. März veröffentlicht werden. Ueber den Plan selbst könne er sich vorerst nur unverbindlich äußern, da zuvor die Bundesregierungen, der Bundesrat und der große Ernährungsbeirat sich damit zu befassen hätten, und das werde Ende nächster Woche geschehen. Der Präsident äußerte sich sodann über die Bestandsaufnahme und die vorhandenen Vorräte, die knapp seien und vorsichtig bewirtschaftet werden müßten. Die Bestandsaufnahme bedürfe einer sorgfältigen Nachprüfung, zumal noch nie so viel ungedroschenes Getreide dabei festgestellt worden sei, wie diesmal. Auch die Kartoffelaufnahme habe kein vollständig richtiges Bild ergeben, da wegen des ungemein starken Frostes die Mieten nicht geöffnet werden könnten. Die vorzugsweise Verwendung von Aufrägen an die östlichen Mühlen habe sich infolge der Transportschwierigkeiten nicht als gut erwiesen. Die Milchpolitik werde also eine Aenderung erfahren müssen. Die Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel sei eine Notwendigkeit. Er hoffe, daß alle Beteiligten dafür volles Verständnis haben und die Rattonierung willig hinnehmen werden.

Der Verfallterung von Brotgetreide müsse durch verschiedene Mittel entgegengetreten werden. In den meisten Bezirken geschehe auch in diesem Punkte das Mögliche. Die Ablieferungsstellen auf dem platten Lande würden immer mehr und systematischer ausgebaut. Von der Reichsstelle in Berlin aus könne nicht alles gemacht werden, es müßten die Landesstellen tatkräftig mitwirken. Ein Hauptaugenmerk sei auf die Bereitstellung von Frühgemüse und Frühobst zu richten, das durch die öffentliche Wirtschaft den Verbrauchern zuführen sei. Der Anbau von Frühkartoffeln insbesondere im Rheinland und Westfalen solle nachdrücklich gefördert werden und die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln ab 1. Juli erfolgen.

Der Präsident besprach sodann die Vorschläge der 12 Hochschullehrer auf eine andere Preisfestsetzung für Brotgetreide sowie für Vieh und Fleisch. Er begrüße diese Vorschläge, deren Objektivität sich schon aus den Angriffen ergebe, denen sie von rechts und links ausgelegt gewesen seien. Er müsse erklären, daß eine Erhöhung des Weizen- und Roggenpreises ohne gleichzeitige Herabsetzung der Rindvieh- und Schweinepreise unannehmbar sei. Eine Preis-erhöhung für Brotgetreide sei bedingt durch die Lage des Weltmarktes und die Bedürfnisse der Produktion, die Herabsetzung der Viehpreise durch die Rücksicht auf die Verbraucher. Der Bayerische Ernährungsbeirat habe bereits im Juli vorigen Jahres dahinzielende Vorschläge gemacht, die jetzt den Kern des neuen Planes bilden.

Das Reich werde infolge des großen Fleischbedarfes des Heeres bei der Preisherabsetzung mehrere hundert Millionen einsparen, die nach den Vorschlägen der Verbrauchervertreter verwendet werden sollten, um eine Preissteigerung der Lebenshaltung der Minderbemittelten hintanzuhalten. Schließlich wäre auch möglich, trotz Erhöhung der Brotgetreidepreise den Brotpreis auf der gleichen Höhe zu halten; dabei müßten die Gemeinden mitwirken und sich noch dazu äußern.

Die vom Reichstagsausschuß geforderte Untersuchung der Spannung von Vieh- und Fleischpreisen sei im Gange. Es gebe Fleischer, die nur 50 Pfund wöchentlich absetzen und einen Zuschlag für ihre Lebenshaltung erhöhen. Ob hier eine Zusammenlegung angebracht sei, werde zu erwägen sein. Wehmüßig lägen die Verhältnisse im Gemüsehandel, so daß einzelne Gemeinden z. B. auf Kohlrüben bis zu 500 v. H. Preiszuschlag auf Kosten der Verbraucher bewilligt hätten. Hier müsse eingegriffen werden, und es sei verwunderlich, daß über derartige Vorkommnisse in der Öffentlichkeit wenig oder gar nicht gesprochen werde, obwohl sie bei der Preisbildung keine geringe Rolle spielten. Die Bewirtschaftung der Gerste solle anders erfolgen als bisher. Gerste werde in der Hauptsache zur Brotbereitung verwendet, sie werde deshalb der Futtermittelstelle entzogen und der Reichsgetreidestelle überwiesen.

Bezüglich der Kartoffeln sei geplant, den Preis im ganzen Reiche und für das ganze Jahr auf 5 Mark den Zentner festzusetzen; dabei solle unter Aufsicht der Reichskartoffelstelle den südlichen Bundesstaaten und dem Westen gestattet sein, bis zu 6 Mark zu gehen.

Vom Standpunkt der Verbraucher sei das Wichtigste die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Die Zuweisung eines Mindestmaßes habe die Bevölkerung mit wachem Heldenmut ertragen, und dafür gebühre ihr die höchste Anerkennung. Ausreichende Versorgung in Getreide und Kartoffeln müsse für alle, in Milch mindestens für Kinder und Kranke ermöglicht werden. Eine Erhöhung der Fleischration könne jedoch nicht mehr, wie früher in Aussicht gestellt, zugefagt werden. Eine Hauptsache sei Erhaltung der Milchleite und Förderung der Milch- und Buttererzeugung.

Deutschlands wirtschaftlicher Aufschwung als Kriegsgrund

In den „Deutschen Kriegsnachrichten“ veröffentlicht der bekannte Professor Schnoller folgenden bemerkenswerten Artikel:

In früheren nahen Zeiten hat niemand gezweifelt, daß der Handelsneib Kriege erzeuge. Die Freihandelslehre mit ihrer optimistischen Theorie der natürlichen Entwicklung von Macht und Wohlstand der Völker hat den älteren Glauben an den Einfluß wirtschaftlich-nationaler Kriegursachen wohl etwas zurückgedrängt. Aber seit dem letzten Menschenalter drängte er sich wiederum mächtig hervor. Am meisten in Großbritannien. Und daher der rasche von 1890 bis 1914 wachsende Glaube in England: Wir müssen die deutsche Konkurrenz mit den Waffen niederschlagen, wie wir im 16. Jahrhundert die spanische, im 17. die holländische, im 18. die französische durch unsere Kriegsschiffe und Kanonen unschädlich machten.

Man erinnerte sich jetzt wieder in Großbritannien daran, wie die englische Regierung alles getan hatte, den Zollverein 1825-34 nicht zustandekommen zu lassen, und wie sie 1864-70 auf der Seite unserer Feinde stand. Ich war im Herbst 1866 wochenlang in Westeuropa. Ueberall erklang die Frage: Was erhalten wir dafür als Entschädigung?

Die neuere Gefährlichkeit der deutschen Konkurrenz für England ver barg sich bis gegen 1900, ja bis 1905-06

hinter den großen absoluten Zahlen der englischen wirtschaftlichen Statistik, aber mehr und mehr enthüllte sie sich doch. Ich benutze dabei hauptsächlich das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reichs.

Der gesamte Aus- und Einfuhrhandel in Millionen Mark war:

in Großbritannien 1904	17 340
1913	26 397
Deutschland 1904	12 276
1913	22 645

Also der großbritannische überwiegt noch; aber der deutsche ist unendlich schneller gewachsen. Der Seeverkehr Hamburgs wuchs in 1000 Register-Tonnen 1900-1913 von 7900 auf 14 242, der Liverpool's von 14 914 auf 15 147; die deutsche Handelsmarine nahm von 1901 bis 1914 von 1,9 auf 3,3 Millionen Register-Tonnen zu, die des britischen Reiches von 9,2 auf 11,8 Millionen; die deutschen Handelschiffe stiegen 1901-1914 von 1,3 auf 2,8 Mill., die englischen von 7,2 auf 10,9 Millionen Tonnen, dort mehr als Verdoppelung, hier Zunahme um ein Drittel.

Die deutsche Stahlofenleistung stieg 1866-1911 von 73,7 Millionen Tonnen auf 160,0, die englische in gleicher Zeit von 160,0 auf 276,2 Millionen Tonnen; dort 118 Prozent Zunahme, hier nur 72,6 Prozent.

Die deutsche Roheisenproduktion dehnte sich von 1887 bis 1911 von 4,0 auf 15,5 Millionen Tonnen aus, die großbritannische von 7,6 auf 10,0 Millionen; das Wachstum dort 287 Prozent, hier nur 31,6 Prozent. Die deutsche und die großbritannische Stahlerzeugung wuchs in gleicher Zeit um 1335 und um 154 Prozent.

Werfen wir noch einen Blick auf den zunehmenden Eisenbahnbau. In Großbritannien kam auf 1000 Quadratkilometer 1892 10,8, 1913 12,3 Kilometer Bahn, auf 1000 Menschen in beiden Epochen 8,5 und 8,3 Kilometer; in Deutschland auf 1000 Quadratkilometer 1892 7,9, 1913 11,8 Kilometer. Das heißt: England hat länger schon ein dichtes Netz; Deutschland hat England jetzt fast eingeholt, das Wachstum aber war bei uns 1892-1913 größer.

Man kann nun sagen, alle derartigen Zahlen beweisen noch nicht so viel für das wirtschaftliche Befinden des Volkes im ganzen. Führen wir noch einige Zahlen an, die durchschlagend dafür sind. Der jährliche Roggen- und Weizenkonsum war in Großbritannien 1886-90 163,9 Kilogramm, 1902-06 166,2 Kilogramm, hat also um 1,4 Prozent zugenommen; der deutsche war in den gleichen Epochen 178,1 und 247,6 Kilogramm, also Zunahme 39,0 Prozent. Der jährliche Fleischkonsum stieg 1896-1904 in England von 45,5 auf 52,6 Kilogramm, in Deutschland von 1879 bis 1912 von 36 auf 52 Kilogramm.

Jetzt noch ein Wort über soziale Fortschritte diesseits und jenseits des Kanals. Großbritannien hatte 1903 0,43 Millionen, 1912 0,87 Millionen organisierter Gewerkschaftler; Deutschland 1903 0,80, 1912 2,55 Millionen. Die Organisation der Konsumvereine zeigt folgendes Bild: Großbritannien hatte 1905 0,96, 1912 1,911 Millionen Genossenschaftler mit Umsätzen von 2,15 und 2,75 Millionen Mark; Deutschland hatte nur 0,31 und 0,58 Millionen Mitglieder, ihre Umsätze aber sind von 1,2 auf 1,9 Millionen Mark gestiegen.

Vor Jahren hielt ich mal bei einem halbamtlichen Festessen eine Rede über den Handelsneib. Ich sagte, er nehme natürlich immer wieder mal zu, weil es ein-

Feldpostbrief

In Feuerstellung, den 1. Febr. 1917.

Lieber Freund!

Strenger Winter herrscht seit vier Wochen an der Westfront. Im Januar allein war in diesem Jahre mehr Schnee und Kälte als in den beiden vorausgegangenen Jahren zusammen. Das ist wieder mal so ein Winter von altem Schot und Korn, einer von der Art, wie man sie früher nach den Versicherungen der Alten alljährlich hatte. Aber, so sind sie, die Alten: Japs im Winter milde, so hatte man früher nur sehr strenge Winter, und ist es kalt, so haben sie so etwas, solange sie auch auf der Welt sind, noch nicht mitgemacht. In lehtangedenktem Sinne werden sie wohl in diesem Jahre leben, denn hier wie in Deutschland liegt eine ziemlich hohe Schneedecke, und ein eifriger Vorpost macht längeren Aufenthalt im freien Gelände zur Qual.

In unseren wohlausgebauten Stellungen sieht uns der Winter nicht viel an. Die Unterhausbräume sind für den Winteranfang ausgebaut und halten, tief in der Erde liegend, dicht und warm. Jeder Unterhaus hat seinen Ofen. Bei dem besten Verbrauch an Heizmaterial können wir alle Anforderungen des Winters befriedigen. Wir brauchen Holz nach der Winterzeit. Der Feind hat uns die Sache auf manchen Stellen erschwert, indem er den ganzen, ehemals unbesetzten Raum mit seiner Artillerie vollbrachte. In der Nacht, wenn wir schlafen, ist das Geräusch der Kanonen ein ständiges. In der Stille des Nachts sind die Kanonen ein ständiges. In der Stille des Nachts sind die Kanonen ein ständiges.

wegs. In unserm Frontabschnitte wurde im Januar weit mehr gekämpft, als in den vorhergegangenen Monaten. So scheint es an vielen Stellen der Front zu sein. Die Heeresleitungen wollen damit vielleicht nur ihre wahren Absichten verschleiern, Truppenab- und -zugänge verbergen und jene des Gegners möglichst erfinden. Wirklich große Kämpfe macht das Frostwetter hier an der Westfront, wie sie nun einmal ausgeht, ist, fast unmöglich. Doch wird der Beginn des neuen, großen Nordens, von dem unsere Feinde die Entscheidung und ihren vielmalen verkündeten „Erfolg“ erwarten, sicher nicht mehr lange auf sich warten lassen. Wir hier an der Front wissen zwar nicht, was unsere Heeresleitung plant, aber jeder, der den feindlichen Rod trägt, hat das allergrößte Vertrauen zu ihr, das auch durch gelegentliche kleine Mißerfolge nicht im mindesten erschüttert werden kann. Immer wieder kann man dieses Vertrauen aus dem Munde von Kriegern aller Dienstgrade vernehmen. Und jede Truppe jaßt heute kampferprobt, besitzt ein gesundes Selbstvertrauen und weiß, daß sie den zu stellenden Anforderungen gerecht werden wird. Was sich aber so mächtig Speißbücker oder auch anderer heimtückische Kriegsdichter und Schriftsteller unter Begeisterung vorstellt, das kann er nicht. Diese Begeisterungskommunung ist eine Art Lammel, der nie schwindet, es geht immer mit Hurra, alle Beschwerden werden zu Bannern, selbst der Tod oder schwere Verwundungen sind Feinde. Ich sage, so etwas kennen wir nicht. Aber, was wir kennen, ist der fürchterliche Ernst des Krieges; es ist ein etwas Pflichtbewußtsein, welches in der Teilnahme jedes einzelnen Mannes wurzelt, um was es sich für uns handelt. Weil die Pflicht es erfordert, darum ertragen wir so viel, was uns in Friedenszeiten unträglich erscheint, darum ertragen wir so manches Schweigend, was uns sonst unentbehrlich war. Ein hoher stiller Ernst ist es, der den letzten Mann auf seinem Posten im Graben, im Sappenkopfe auf der exponiert liegenden Beobachtung oder am Geschütz bis zum letzten ansharven läßt, wenn der Feind uns mit Granaten und sonstigen Geschossen überschüttet, wenn er Minen wirft oder Gase bläst. Der Sinn des Pflichtbewußtseins hat mehr zu unseren Erfolgen beigetragen als der bloße Gehorsam gegen die Befehle der Vorgesetzten.

So sehr wir an der Front uns gefreut haben würden, wenn dem Friedensvorschlage unseres Kaisers Erfolg beschieden gewesen wäre, so sehr ist aber auch jetzt der Wille in uns lebendig, unsere Schuldigkeit zu tun, bis zum Äußersten. Nun erst recht.

Die Stimmung an der Front könnte noch besser sein, und sie wäre noch besser, wenn nicht immer und immer wieder aus der Heimat sich ungünstige Einwirkungen bemerkbar machten, die wie Gift wirken. Jeder weiß, was ich meine. Es sind hauptsächlich die Nachrichten und Erfahrungen über den nicht nachlassenden Kriegswucher.

Im arbeitenden Volke findet man jene nicht, über die zu klagen ist, sie sind vielmehr in Verufen und Ständen zu suchen, die sich selbst mit Vorliebe als Bildung und Besitz und als des Staates Stützen bezeichnen. Ich will nicht näher auf diese allbekannten, anscheinend unerschütterbaren Zustände eingehen, was sie aber am Volke und am Heere gesündigt haben, läßt sich nicht gutmachen. Es ist vielleicht schlimmer, als die Kriegserklärung einer weiteren Nacht es wäre. — Trotz alledem aber hatten wir aus. Jeder, der im Felde steht, ist von einem für uns günstigen Ausgange des Krieges überzeugt.

R. Butterbrodt.

facher sei, mit den Waffen Konkurrenten zurückzudrängen oder sie totzuschlagen, als durch bessere Arbeit und durch billigere und schönere Ware. Aber wenn er wiederkomme, sollte man sich auch immer wieder daran erinnern, daß der große Schotte David Hume, der Lehrer Adam Smiths, schon gezeigt habe, wie töricht es sei, sich ausschließlich von ihm leiten zu lassen. Der antwortende englische Gesandte freute sich sichtlich über meine Worte und sprach mir seine volle Zustimmung aus.

Heute freilich könnte derartiges ein englischer Gesandter, wenn er in Deutschland wäre, kaum tun.

Der Reichstag

hat am 22. Februar 1917 seine Arbeiten wieder aufgenommen. Tags zuvor fand eine Sitzung des Hauptausschusses statt, in welcher der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Zimmermann, Auskünfte gab über die politische Lage, unsere Beziehungen zu den europäischen Neutralen, sowie zu Amerika und China. Bei der herausfordernden Politik Amerikas wird es schwer halten, nicht mit diesem Staate auch noch in kriegerischen Konflikt zu geraten. Mit einem gewissen Gleichmut müßte auch dieser Fall hingenommen werden. Ohne die amerikanische Hilfe wäre die Entente wohl längst unterlegen und der Krieg zu Ende. Kommt es zum Krieg, so muß es seine Munition für sich behalten und kann die anderen nicht mehr so damit versorgen. Sicher ist jedenfalls, daß die amerikanischen Wünsche auf Einstellung des ungehemmten Unterseebootskrieges nicht in Erfüllung gehen werden. Dieser ist im vollen Gange und geeignet, namentlich im Hinblick auf die leistungsfähige Westerte, die Lage Englands und auch Italiens bis zur Unerträglichkeit zu gestalten. An die sechs Millionen Tonnen feindlichen Frachtschiffsräumes sind durch unsere Unterseeboote und Seeminen niedergebracht worden. Wie im Hauptausschuß von leitenden Reichsstellen dargelegt wurde, sind die Erwartungen auf den U-Boots-Krieg bisher erfüllt worden und berechnen zu den darauf gesetzten Hoffnungen.

In der ersten und zweiten Volksversammlung am 22. und 23. Februar kam die leidige Frage der Schußhaft-Anordnung neuerdings zur Verhandlung. Anlaß dazu gab der neue Gesetzentwurf zur Aufstellung von Hilfsrichtern für das Reichsmilitärgericht. Der Entwurf ist begründet mit dem Hinweis auf die steigende Belastung dieses Gerichts, insbesondere infolge des Gesetzes vom Dezember 1916, das den Schußhäftlingen das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren und der Berufung sichert. Von verschiedenen Abgeordneten, insbesondere von den Abgeordneten Fehrenbach, Dove und Gröber, wurde dabei betont, daß mancher Schußhäftling durch unangehöriges Vorgehen von Militärbehörden veranlaßt, und deshalb das fragliche Gericht mehr als nötig in Anspruch genommen sei. Die Abgeordneten verlangten mit Energie die Achtung der Gesetze, insbesondere von den in Frage kommenden militärischen Stellen. Die Vertreter der Regierung gaben entgegenkommende Erklärungen ab. Einem Vertreter der Konservativen, dem Abg. Graf Westarp war es vorbehalten, dem Reichstag das Recht zu bestreiten, die Disziplinierung eines höheren Militärbefehlshabers, der die Gesetze nicht achtet oder nach seiner Meinung sie ansetzt, zu verlangen. Die große Mehrheit des Reichstages stellte sich allerdings auf einen anderen Standpunkt.

Am zweiten Tage der Beratungen wurde, nach der Etatsrede des Reichschatzsekretärs Graf Höber, mit großer Mehrheit die Kriegskreditvorlage, 15 Milliarden Mark, gegen die Stimmen der radikalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft angenommen. Es gilt um die Mittel für Beschaffung von Waffen und Munition, ohne die unsere kämpfenden Söhne und Brüder der Uebermacht unserer Feinde erliegen müßten. Auch die sozialdemokratische Fraktion hielt es für eine Selbstverständlichkeit, die Kriegskredite zu bewilligen. Man darf den Feinden Deutschlands keinen Freipaß zum Einmarsch in unsere Gauen öffnen. Die selbstmörderische Politik der sogenannten Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wird die deutsche Arbeiterschaft entsprechend werten. An das Phantom der sozialdemokratischen Weltverbüderung glaubt niemand mehr. Die sozialdemokratische Internationale hat eingestandenemassen Pasko erlitten. Die Sozialisten Frankreichs, Italiens und Englands haben sich zumeist als die größten Kriegsheter erwiesen.

Die wichtigsten, die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes tief berührenden Fragen wird der Reichstag in den kommenden Wochen zu lösen haben. Es kommt in Frage die Reichshandelsrechnung für 1917/18 mit ihrem Defizit von 1200 Millionen Mark und die zur Deckung desselben vorgeschlagenen neuen Reichssteuern. Der Bedarf ist hervorgerufen durch die gesteigerte Zinsenlast infolge der Kriegsschulden, dann durch die Wiedereinnahmen an Zöllen, an Bier- und Brauwaissteuern. Von den verbü-

beten Regierungen wird in Vorschlag gebracht, die Kriegsgewinn- und Vermögenszuwachs-Steuer um 20 Prozent zu erhöhen. Es soll damit etwa ein Viertel der nötigen Summe aufgebracht werden. Ob es möglich sein wird, hier noch besser zuzugreifen, ist fraglich, da diese Steuer in Verbindung mit den übrigen Staats- und Gemeindesteuern bis zu 85 Prozent ansteigt. Bei völlig unberechtigten und durch Umgehung von Gesetzen gewonnenen Kriegsgewinnen 100 Prozent, d. h. alles zu nehmen, kann aber wohl verantwortet werden. Vielleicht zieht der Reichstag diese Frage in Erwägung.

Als weiterer Steuervorschlag kommt in Betracht die Verkehrssteuer, mit Frachtkundenstempel, in Höhe von durchschnittlich etwa 10 Prozent. Es sollen daraus 400 Millionen Mark gewonnen werden. Die Personalfahrkartensteuer wird dafür aufgehoben, und die Schüler- und Arbeiterfahrkarten werden von der Steuer freibleiben.

Die schwerwiegendste Steuer ist die vorgeschlagene Kohlenabgabe, eine Konsumsteuer mit Rückwirkungen auf die Industrie und die Arbeiter. Als Abgabe sind vorgeschlagen 20 Prozent des Kohlenwertes, der auf rund zwei Milliarden veranschlagt ist. Die Steuer soll also 500 Millionen Mark einbringen. Wenn die Kohlenverteilung an die Kleinverbraucher so bleibt wie bisher, der Zwischenhandel und die Zechenbesitzer die Kohlensteuer einfach abschieben, so müssen die Konsumenten mit mehr als einem Viertel Aufschlag des Kohlenpreises rechnen. Da im Kleinverkauf Brennstoffe 1,70 bis 2 M der Zentner kostet, so ergibt sich eine recht empfindliche Belastung insbesondere der Kleinverbraucher. Der Reichstag wird zu überlegen haben, wie diese Gefahr und die Kohlenmagnaten von der Abwälzung der ganzen Steuer abgehalten werden können. Bisher wurde eine derartige Steuer mit Rücksicht auf ihre Wirkungen auf den gesamten Konsum abgelehnt, jetzt aber wegen der Einfachheit ihrer Erhebung und in der Not der Zeit in Vorlage gebracht.

Neber die Lebensmittelversorgung, Herabsetzung der Vieh- und Fleischpreise, wird zurzeit beraten. Darauf und auf anderes wird zurückzukommen sein.

Bernhard Kirchner †

Kurz vor Redaktionsluß, ging uns die Mitteilung zu, daß am 22. Februar d. J. unser Kollege Bernhard Kirchner nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 35 Jahren verschieden ist. Vom Frühjahr 1915 bis Herbst 1916 war er Soldat und kämpfte als solcher an der Westfront. Wahrscheinlich hat er sich dort den Todeskeim geholt. Er mußte infolge eines Nervenschlages dem Lazarett überwiesen werden und wurde dann vorübergehend entlassen.

Mit Bernhard Kirchner ist ein treuer, langjähriger Kämpfer unseres Verbandes verschieden. Kurz nach Verbandegründung trat er diesem bei und lenkte durch seine Tätigkeit die Aufmerksamkeit der Kollegen auf sich. Im März 1906 wurde er Lokalbeamter in Oberhausen und im Januar 1911 als solcher nach Essen (Ruhr) versetzt. Hier wirkte er bis zu seinem Eintritt zum Militär. Zuletzt war er vertretungsweise in Duisburg tätig. Nun hat der Tod seinem Wirken ein Ende bereitet. An seiner Bahre trauern eine Witwe und sieben Kinder. In unserem Verbandsrat wird man ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Der Zentralvorstand.

J. A.: J. Wiebeberg.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Albert Schmidt** Mitglied der Zahlstelle Wiesdorf; **Mustertier Heinemann**, Mitglied der Zahlstelle Kallmerode.

Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses zur Lebensmittelversorgung. In einer Eingabe an das Kriegs-Ernährungsamt weist der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses darauf hin, daß:

1. die staatliche Organisation des Ernährungswesens große Mängel aufweist,
2. die landwirtschaftliche Produktion mehr im Kriege zurückgeht, als an sich unvermeidbar wäre,
3. breite Kreise der landwirtschaftlichen Erzeuger sich nicht den Notwendigkeiten der Zeit entsprechend in ihrer Lebenshaltung einschränken und nicht alles Entbehrliche abliefern,
4. gewisse Verbraucherschichten sich auf Kosten ihrer Nebenmenschen auf dem Wege des Schleichhandels und infolge unzulänglicher Verteilungsmaßnahmen größere Lebensmittelmengen, als ihnen zusteht, beschaffen.

Die Eingabe macht alsdann Vorschläge, wie die Mängel beseitigt und damit eine Verbesserung unserer Ernährungsschwierigkeiten herbeigeführt werden kann.

Der Bauarbeitsmarkt in Ostpreußen. Wie und der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe in Königsberg berichtet, ist im Monat Januar auf dem Arbeitsmarkt im Baugewerbe ein nahezu völliger Stillstand eingetreten. Im Wiederaufbaugebiet ist die Bautätigkeit infolge des anhaltenden Frostes vollständig eingestellt worden. Auch in Königsberg werden nur ganz dringende Arbeiten weitergeführt. Lebhafter waren Angebot und Nachfrage für Tischler, die viel verlangt wurden. Wenn trotzdem die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsnachweises gegen den Vormonat zugenommen hat, ist dies auf die Vermittlung von Arbeitskräften für Bauten und sonstige Arbeiten im Seeresinteresse zurückzuführen. Insgesamt konnten vom Arbeitsnachweis für das Baugewerbe und das Holzgewerbe 378 Arbeitskräfte vermittelt werden. Außerdem haben die anderen öffentlichen Arbeitsnachweise 128 solcher Arbeitskräfte vermittelt.

Ein preussischer Staatskommissar für Volksernährung ist in der bisherigen Rinde der Reichsgetreidekasse, Unterstaatssekretär Michaelis, ernannt worden. Derselbe soll nach einer näheren Anweisung der Minister die Befugnisse in sich vereinigen, die bisher die Minister für Handel und Gewerbe, der Landwirtschaftsminister und der Minister des Innern auf Grund der einschlägigen Reichsgesetzgebung als Landeszentralbehörden gegenüber den Landesämtern in Preußen (für Getreide, Fleisch, Futtermittel usw.) inne hatten, und er soll in Vertretung des Ministers des Innern die gesamte Kommunalaufsicht in Ernährungsfragen ausüben. Gleichzeitig soll der Staatskommissar in enger amtlicher Verbindung mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes und dem Kriegsamt beim Kriegsministerium arbeiten, soweit dessen Zuständigkeit auf dem Gebiet der Volksernährung und der Sicherung der Erntebestellung reicht. Durch Uebervertretungen, die auf allen Gebieten vorgekommen sind und die ebenso den Erzeugern wie den Verbrauchern zur Last fallen, ist die Durchführung der Ernährungsmaßnahmen immer mehr erschwert worden. Hier muß durchgegriffen werden. Die Amtstätigkeit des Staatskommissars wird eine Aufgabe der reinen Exekutive sein, des Durchführens, um dem Gesetze Geltung zu verschaffen. Dagegen bleibt die Gesetzgebung selbst, soweit sie das Ernährungsgebiet angeht, nach wie vor bei dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes. Der Minister des Innern hat seine gesamte Kommunalaufsicht auf dem Ernährungsgebiete in die Hand des Staatskommissars gelegt. Der Landwirtschaftsminister wird ausgeschaltet, soweit es sich um die Ernährung als solche handelt; dagegen bleibt er wie bisher zuständig für alle Maßnahmen, die auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion liegen. Der Staatskommissar ist in allen seinen Entscheidungen vollkommen frei, insbesondere auch gegenüber den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten und den Landräten, die seinen Anordnungen Folge zu geben haben.

Auf die Erfolge des neuen Staatskommissars für Volksernährung sind wir gespannt. Wir werden abzuwarten haben, ob es ihm gelingt, die bisherigen widerstrebenden Elemente im preussischen Ministerium kalt zu stellen.

Familienleben und Wohnungsfrage. Familie und Wohnung sind unzertrennlich miteinander verbunden. Ein kulturell hochstehendes Familienleben ist undenkbar ohne zufriedenstellende Wohnungsverhältnisse. Alle Bestrebungen zur sittlichen Hebung des Familienlebens müssen deshalb logischerweise auch wohnungspolitische Forderungen einbeziehen. Das sind anerkannte Erfahrungstatsachen, über die keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Und doch ist's nicht überflüssig, diese Tatsachen häufiger in den Vordergrund zu stellen, das öffentliche Bewusstsein wach und scharf zu halten. Sehr treffend und überzeugend geschieht das in einem kürzlich im Verlag Deobaus (München) erschienenen Buch: **„Die Arbeiterwohnungsfrage in Deutschland“** von Michael Gasteiger. (Preis 6 M. Auch zu beziehen durch den Christlichen Gewerkschaftsverband, Köln, Deubertwall 9.) Mit großem Nachdruck zeigt der Verfasser die Bedeutung der Wohnungsfrage für das soziale Gemeinschaftsleben des Volkes, in dessen Mittelpunkt die Familie steht. Es sei geradezu eine Kulturaufgabe, dem einzelnen Arbeiter eine gesunde und angemessene Wohnung zu ermöglichen, um damit eine wichtige Grundlage für ein gesundes Familienleben zu schaffen. Das sei der Ausgangspunkt aller sittlichen und materiellen Wohlfahrt. „Beschaffen wir den Arbeitern eine gesunde Wohnung, eine schöne Häuslichkeit, so gelangen sie zur Einsicht, daß es einen friedlichen Weg gibt, welcher sie zu einer besseren Lebenshaltung hinführt. Der Grundstein des ganzen sozialen Gebäudes ist die Familie, auf ihr bauen sich der Staat und jegliches Gemeinwesen auf. Nur wenn sie gesund ist, wird auch der einzelne und das Ganze sich kräftig entwickeln. Ein gesundes und schönes Familienleben aber ist nur möglich auf der Grundlage einer gesunden und behaglichen Wohnung. Die Wohnung birgt die Zivilisation in sich; aus ihr gehen alle jene Einflüsse hervor, welche der Gesellschaft eine bestimmte Richtung zum Guten oder Schlimmen geben, welche veredelnd oder zerstörend auf sie einwirken. Ein Mensch, welcher fühlt, daß sein Haus ein Abgrund des Elendes ist, greift die Gesellschaft an, deren ungerechtes Opfer er zu sein glaubt.“ — So Gasteiger auf Seite 192 des erwähnten Buches. Treffliche Worte, denen jeder aufrechte Freund des Volkes und des sozialen Ausgleichs rückhaltlos zustimmen wird.

Organisation der Eisenbahnerinnen. Der Zentralverband deutscher Eisenbahner (Sitz Elberfeld) hat der Entwicklung des Arbeitsmarktes im Verkehrswesen Rechnung getragen und eine besondere Sektion für weibliche Eisenbahner gebildet. Die erfolgreiche Arbeit des Verbandes kommt auch den im Eisenbahndienst tätigen Frauen und Mädchen zugute; das verpflichtet sie auch zur Mitarbeit in der Organisation. Wenn sich die weiblichen Bediensteten der organisierten Selbsthilfe bedienen, werden ihre Interessen selbstverständlich mit noch größerem Nachdruck wahrgenommen werden können. Schon allein die Lohnfrage macht den Zusammenschluß der weiblichen Eisenbahner notwendig; hier gilt es, den vom Elberfelder Verband vertretenen Grundsatz zur Geltung zu bringen: Für gleiche Leistung gleicher Lohn. Neben der Ständesinteressenvertretung gewährt der Verband den weiblichen Bediensteten unentgeltlichen Rechtsschutz und das alle acht Tage erscheinende Verbandsorgan. Die Verbandsleitung ist den weiblichen Mitgliedern besonders entgegengekommen und gibt für sie eine besondere Ausgabe der Verbandszeitung heraus, unter dem Titel: „Zentralorgan für die weiblichen Bediensteten der Eisenbahnverwaltung.“

Wie man Menschen behandeln soll. Der Vertreter der Beamten in den behördlichen Büros den Würgern gegenüber läßt mitunter viel zu wünschen übrig. In den Kaufmannsgeschäften ist es gegenwärtig noch viel üblicher. Um so mehr wird folgende Verfügung des Straßburger Bürgermeisters Anhang finden, die er an die Angestellten der Stadt richtet:

„Ich ersuche die Abteilungen, allen Beamten und Angestellten in eindringlicher Weise einzuschärfen, daß ich den größten Wert darauf lege, daß alle auf den städtischen Beamten verkehrenden Personen in zuvorkommender, höflicher und sachlicher Weise behandelt werden. Es muß ganz besonders in Frage und Antwort vermieden werden, was Grund zur Mißstimmung geben könnte. Die Angestellten und Beamten müssen wissen, daß sie durch ihr Verhalten wesentlich dazu beitragen können, daß die Bevölkerung die notwendigen Einschränkungen und Auflagen willig trage. Sollten mir begründete Klagen vorgebracht werden, so müßte ich rücksichtslos die Entfernung der Schuldigen aus dem Amte herbeiführen.“

Zur Nachahmung und Befolgung empfohlen.

Eine Hypothekendarlei gegen die Einigungsämter. Bekanntlich sind als Folge der kriegswirtschaftlichen Erschwernisse Erleichterungen für Hypothekenschuldner und Mieter durch Verordnungen und Einigungsämter (Mietseinerungsämter) eingeführt worden. Die Hamburger Hypothekendarlei richtet nun einen scharfen Angriff gegen die Gerichte und Einigungsämter, weil sich diese vielfach von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen; die Gerichte seien „zum Schutze des Rechts, nicht zum Schutze der Schwachen bestellt“. Gewiß mag dieses den Hypothekendarleihen nicht in den Kram passen, die auf Grund unserer Hypothekengesetzgebung beim geringsten Risiko sichere Gewinne einheimen. Was schert sie die augenblickliche Notlage, sie packen auf das Recht ihres Gewinns. Die hier genannte Hypothekendarlei war in der Lage, 9 Prozent Dividende verteilen zu können. Da ihr das anscheinend noch nicht genügt, ruft sie die Gerichte und Einigungsämter an, daß sie sich nicht den Schutz der Schwachen angelegen sein lassen sollen.

Annullierung des Kriegsernährungsamts? Die in Vorbereitung begriffene Preisrelation zwischen den verschiedenen Lebensmitteln beachtlich auch eine Herabsetzung der Milch- und Schweinefleischpreise. Kaum ist die Absicht laut geworden, erfolgt durch die Viehhändlerverbände eine Erhöhung der Schweine- und Kälberpreise, die eine Verteuerung der Kleinhändlerpreise um über 30 Prozent herbeiführt. Hier hat man wirklich den Eindruck, daß die Viehhändlerverbände das Kriegsernährungsamt anrufen wollen, dessen Bestreben ihnen Gelaba sind. Es soll uns wundern, ob diese Maßnahme rechtens wird. Das wäre nach allen bisherigen Erfahrungen wirklich die Höhe.

Unterstützung soldatenreicher Familien. Nach dem Bundesratsbeschlusse vom 26. März 1914 können Familien, deren Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstzeit als Unteroffizier oder Gemeiner eine Gesamtdienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt haben, für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner gesetzlichen Dienstpflicht in denselben Dienstgraden genügenden Sohnes Aufwandsentschädigungen von 240 M jährlich gezahlt werden. Der Anspruch ist bei der Gemeindebehörde des Ortes anzumelden, in dem der Berechtigte seinen Aufenthalt hat. Einsprüche gegen die Bescheide der Gemeinden sind an den Regierungspräsidenten zu richten. Die Einreichung von Gesuchen an andere Dienststellen (Kriegsministerium, Ministerium des Innern usw.) führt nur zu einer Verzögerung der Entscheidung.

Was nicht funktioniert. Nach Berichten in der Tagespresse führte Herr Reichslandtagsabgeordneter Koeffe auf der Tagung des Bundes der Landwirte u. a. aus: „Was die deutsche Landwirtschaft am billigsten die Erzeugnisse liefert. Frankreich und England müssen die Konkurrenz 2. Nach bezahle. Milch kostet in Berlin 22 Pf., in London 16-20 Pf., Jüder bei uns 26, in Frankreich 20 Pf. 30 Pf. Was heißt der deutsche Landwirtschaft? Was, was wir wir wir? (Stärke Verkauf.) Deutschland hat ja die billigste Rohstoffpreise. Das ist die Politik des Bundes der Landwirte!“

Die Politik des Bundes der Landwirte? O nein, das Gegenteil ist wahr. Denn es hat den Bund der Landwirte angeht, was für die Landwirte der Welt ist. Das heißt dem Landwirte nicht so sehr helfen, doch nur

er selbst. Wer bekämpft denn unsere Höchstpreispolitik? Na, die Antwort können wir uns sparen. Man bleibe uns aber auch vom Leibe mit dem Anführen von teureren Lebensmitteln im Auslande. Damit wird letzten Endes so lange ein großer Schwindel betrieben, als man nicht auch die weit billigeren hinzufügt. Letztere aber werden regelmäßig vergessen. Warum wohl? Nun, weil das nicht in die Preispolitik des Bundes der Landwirte paßt.

Wirtschaftliche Bewegung

Teuerungszulage für die Dachdecker.


Im Auftrage der organisierten Dachdecker im rheinisch-westfälischen Industriegebiete richtete unser Bezirksleiter, Kollege Koch, gemeinsam mit dem Gauleiter Piepenbring, am 1. Februar ein Schreiben an den rheinisch-westfälischen Dachdeckermeister-Verband, worin sie um eine weitere Teuerungszulage ersuchten. Zweckes Erledigung dieses Antrages fand am 17. Februar in Duisburg, im Hotel „Schaph“ eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes obengenannten Verbandes und zwei Vertretern der Dachdeckerorganisationen statt. Nach kurzer Aussprache erklärten die Arbeitgeber, daß sie die Argumente, welche die Vertreter der Dachdecker zur Begründung ihres Antrages vorgelegt hätten, voll und ganz anerkennen müßten. Daher seien sie auch bereit, den Dachdeckern ab 16. Februar 5 Pf. und ab 1. April weitere 2, also zusammen 7 Pf. pro Stunde Teuerungszulage zu zahlen. Die Vertreter der Dachdecker bemühten sich, die Arbeitgeber zu veranlassen, ihr Angebot auf mindestens 10 Pf. zu erhöhen, worauf die Arbeitgeber erklärten, daß sie leider dazu nicht in der Lage seien. Da einzelne Stadtverwaltungen die Dachdecker nicht als Schwerarbeiter anerkennen und ihnen die Zulage als Schwerarbeiter vorenthalten, hat unser Kollege Koch die Arbeitgeber, sie möchten gemeinsam mit den Organisationen der Dachdecker, ein Gesuch

groß ist die Zahl der Barackenbauten, welche im vergangenen Jahre fertiggestellt wurden, um die Arbeitermassen, welche hier der Kriegsindustrie zugeführt werden, unterzubringen. Auch von der Firma Stöhr aus München wurden große Häuserkomplexe auf der Margarethenhöhe und Breitsort fertiggestellt. Auf den unheimlichen Bechen wurden bedeutende Erweiterungs- und Neuanlagen ausgeführt. Das Jahr 1916 ist insofern noch von Bedeutung, weil in diesem Jahre sämtliche Tarife für das Baugewerbe abließen. Sie konnten sämtlich durch Verhandlungen bis 1918 verlängert werden, und zwar mit einer Teuerungszulage von 0,10 M für Maurer, Hilfsarbeiter, Zimmerer und Dachdecker, 0,11 M für Stukkateure, Püker und Fliesenleger; für Letztere außerdem einem Zuschlag von 8 vom Hundert auf die Werkstoffe. Was das Massenverhältnis für das Jahr 1916 anbetrifft, so ergibt dies folgendes Bild: Einnahme für die Zentrale 11 324,10 M und Ausgabe: Krankengeld 1483,35 M, Sterbegeld 404,- M, Militärunterstützung für aktiv dienende Mitglieder 40,- M, so daß noch an die Zentrale eingekampt wurden 9397,75 M. Die Einnahme für die Verwaltungsstelle betrug 5573,75 M. Die Ausgabe betrug 6829,53 M, der Solastassenbestand betrug am Schlusse des Jahres 1915: 14 627,61 M, am Schlusse des Jahres 1916: 13 331,86 M. Im Beitragsmarken wurden verkauft 18 816, an Eintrittsmarken 331, die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 500, und zwar im 1. Quartal 425, im 2. Quartal 611, im 3. Quartal 472, im 4. Quartal 492. Zum Heeresdienst wurden 320 Kollegen eingezogen. Gestorben sind 20 Kollegen, gestorben 5. Rechtsschutz wurde in 91 Fällen erteilt. Es wurden 95 Schriftsätze angefertigt. Viele Angelegenheiten wurden auch durch telephonische und mündliche Aussprache erledigt. Klagen waren in 14 Fällen beim Gewerbegericht und zwei beim Versicherungsamt notwendig. Es wurden 365 M für unsere Kollegen herausgeholt. Auch der schriftliche Verkehr mit den Kollegen im Felde war sehr reg. Es konnten aber wegen Mangels an Zeit nur die direkten Anfragen aus dem Felde beantwortet werden. Die regelmäßige Zusendung der Zeitung erfolgt an 160 Kollegen, und fast sämtliche Kollegen haben ihren Dank für die Zusendung schriftlich dargelegt. Auch von den Kriegerfrauen wurde unser Bureau sehr häufig in Anspruch genommen, und es konnte ihnen durch Rat, Auskunft und schriftliche Eingaben in den meisten Fällen geholfen werden. Da die Versammlungen infolge der verschiedensten Umstände schlecht besucht waren, so bestand die Hauptaufgabe des Beamten in Bauten- und Hausagitation, und es ist uns gelungen, sehr viele abtrünnige Kollegen dem Verbanne wieder zuzuführen. Zum Schlusse dankte Kollege Dieblich sämtlichen Kollegen für ihre eifrige Mitarbeit. Zum Punkt 3 der Tagesordnung wurde der alte Vorstand wiedergebählt, nur für Kollege Koch, Steele, welcher zum Heeresdienst eingezogen, wurde Kollege Meinhard aus Steele gewählt. Zu Punkt Verschiedenes wies ein Hauslasterer auf die Schwierigkeit hin, welche das Eintastieren der Beiträge mache, gerade bei den Kollegen, welche nicht hier anständig sind. Man möge doch immer wieder auf die Kollegen einwirken, daß sie den Wochenbeitrag bei der Logiswirtin hinterlegen, damit den Hauslasterern unbillige Wege erspart würden. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Kirchner, welches in den Wunsch ausklang, daß wir halb Frieden bekommen und unsere Kollegen recht bald als treue, tüchtige Mitarbeiter aus dem Felde heimkehren möchten, fand die Sitzung ihr Ende.

Hilbesheim. Einen harten Verlust hat unsere Verwaltungsstelle erlitten durch den Tod unseres Vorstandsmitgliedes Franz Schamer. War er doch einer der eifrigsten Kollegen, einer derjenigen, die nie oder nur sehr selten in der Versammlung fehlten, ein pünktlicher Zahler der Beiträge, ein eifriger Förderer unseres Verbandes. Nur wenige Tage war er an das Krankenbett gefesselt, als eine Lungenentzündung eintrat, die den unerbittlichen Tod zur Folge hatte. Heute haben wir ihn zu Grabe getragen, den edlen Freund und langjährigen Mitarbeiter. Möge er nun ausruhen unter der hartgefrorenen Scholle von all den Leiden des Lebens und den Trübsalen des großen Weltkrieges. So nahmen wir Abschied von seinem Grabe mit der Bitte zum Herrgott, er möge ihm ein gnädiger Richter sein.

„So ruhe in Frieden, du treuer Freund, Bis dich und uns der Himmel auf ewig eint! Das ruft dir ins dunkle, ins stille Grab Der liebende Freund, die Kollegen hinab.“

F. C.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland:

Johann Wehmeier, Inhaber des Eisernen Kreuzes.
Zahlstelle Essen, Stukkateure.

Peter Schaffrath,
Zahlstelle Baerweller.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Unser treues und eifriges Vorstandsmitglied **Josef Stiger** ist am 7. Februar an den Folgen seines vor vier Jahren erlittenen Unfalls verstorben.
Zahlstelle Angsburg.

Am 15. Februar starb unser treuer Kollege und Vorstandsmitglied **Franz Schamer** im Alter von 60 Jahren an Lungenentzündung.
Verwaltungsstelle Hilbesheim, Maurer.

Ehre ihrem Andenken!

an die in Betracht kommenden Stadtverwaltungen richten, und mit dafür eintreten, daß auch den Dachdeckern diese Vergünstigung zuerkannt würde. Die Arbeitgeber erklärten sich dazu gern bereit. Wenn die Teuerungszulage von 7 Pf., welche unseren Kollegen jetzt bewilligt worden ist, auch nicht als Ausgleich für die große Teuerung ausreicht, so werden die Dachdecker doch damit zufrieden sein; zumal die Arbeitgeber diese Zulage ohne viel Wiederrede und ohne daß sie dazu verpflichtet waren, bewilligt haben. Unsere Kollegen werden nun dafür sorgen, daß diese Zulage nicht nur von den organisierten, sondern auch von den unorganisierten Unternehmern gezahlt wird. Soll dieses verwirklicht werden, dann muß mit den unorganisierten Dachdeckern ausgeräumt werden. Daher auf zur Agitation, nicht früher wollen wir zufrieden sein, bis daß wir den letzten Dachdecker der Organisation zugeführt haben.

Verbandsnachrichten

Essen. Am Sonntag, den 11. Februar fand im Alfredshaus unsere diesjährige Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht vom vierten Quartal, 2. Jahresbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Der Kassenbericht lag den Kollegen in Druck vor. Auf Antrag der Revisoren, welche die Kasse geprüft und in bester Ordnung befunden hatten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Jahresbericht gab der Kollege Dieblich. Auch das Jahr 1916 hat als Kriegsjahr seine Spuren in der Verwaltungsstelle hinterlassen, wurden doch in diesem Jahre über 300 Kollegen zum Heeresdienst eingezogen. Besonders die Privatbantätigkeit hat sehr stark unter diesen Einwirkungen gelitten. Um die Kriegsbauten möglichst zu fördern, wurde durch Verordnung des Generalkommandos die Privatbantätigkeit eingestellt. Von der Verordnung hat man im Essener Bezirk wenig bemerkt, da ja auch die Privatbauten größtenteils Kruppische Wohnbauten sind und als solche wegen der herrschenden Rohstoffknappheit eingestellt wurden. Im übrigen herrschte auch im vergangenen Jahre reg. Bantätigkeit. Besonders

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Entlassungsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzuwenden.)

Magdos. Am 1. Februar erlitt unser langjähriger Kollege und Mitbegründer unserer Zahlstelle Martin Burthard beim Holzfällen durch eine niedergehende Buche einen schweren Unglücksfall. Burthard erlag nach zwei Tagen unter schrecklichen Schmerzen seinen Verletzungen. Ein Sohn Burthards, welcher ebenfalls Mitglied unseres Verbandes ist, befindet sich seit annähernd zwei Jahren in russischer Gefangenschaft. Die so schwer geprüfte Familie kann unserer Teilnahme sicher sein.

Stukkateure und Gipsler
für Rüstungsarbeiten gesucht
Hans Hunzinger, Cöln.